

Karin Kortmann

Zukunft wird gemacht. Wer macht Zukunft? Zukunft ist machbar!

Die Globalisierung der Solidarität trägt und ermutigt

Seit zweieinhalb Jahren bin ich Mitglied im Deutschen Bundestag und arbeite mit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe. Meine Schwerpunktländer in beiden Bereichen sind Zentral- und Südamerika. Länder, deren Sozial-, Einkommens- und Wirtschaftsstrukturen durch Bürgerkriege, kriegerische Auseinandersetzungen und auch immer wieder durch Naturkatastrophen erschüttert werden. Viele von ihnen sind vom Ziel, das sich der Rio-Gipfel 1992 gesetzt hat: für eine zukunftsfähige nachhaltige menschliche und ökologische Entwicklung Sorge zu tragen, noch weit entfernt. Deshalb muss eine der Hauptaufgaben deutscher, europäischer und internationaler (entwicklungspolitischer) Zusammenarbeit, die Armutsreduzierung in, mit und für diese Länder sein. Im Juni 1999 ist ein erster entscheidender Durchbruch beim G8-Gipfel in Köln erreicht worden: Die acht großen Industrienationen der Welt haben sich zu einem multilateralen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt durchgerungen.

Entwicklung braucht Entschuldung

Bis Ende Dezember 2000 ist dadurch für 22 hochverschuldete Länder – u.a. für Bolivien, Honduras, Nicaragua in Südamerika und für Gambia, Malawi, Mosambik, Ruanda, Tansania und Uganda in Afrika – die Entscheidung über die Entschuldung in Höhe von 34 Mrd. US-Dollar getroffen worden. Entschieden haben das ihre Gläubiger, die Direktorien von Weltbank, Internationalem Währungsfond (IWF) und größtenteils auch von den betroffenen regionalen Entwicklungsbanken. Hinzu kommen voraussichtlich weitere sieben Mrd. US-Dollar von bilateralen Gläubigern, also Schulden, die sich aus der Entwicklungszusammenarbeit ergeben haben und erlassen werden. Das Ziel der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) ist es, die Schuldenerleichterung möglichst eng und transparent mit der Armutsreduzierung in den jeweiligen Ländern zu koppeln. Deren Regierungen sind aufgefordert, eine Strategie zur Bekämpfung der Armut (Poverty Reduction Strategy, PRS) gemeinsam

mit der Zivilgesellschaft, den Zielgruppen und den wichtigsten Gebern zu erarbeiten.

Ob dies gelingt, davon wollte ich mich im Februar d.J. in Bolivien selbst überzeugen. Dort gibt es seit 1994 das Volksbeteiligungsgesetz, das den Gemeindemitgliedern und der Zivilgesellschaft mehr Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Eine gute Grundlage, um auch den Entschuldungsprozess basisdemokratisch begleiten zu können.

Exposure in Ayo-Ayo

Wer einmal im Hochland von Bolivien war, wird es nicht mehr vergessen: karge Bergketten auf denen kaum etwas angebaut werden kann, vereinzelte Höfe, aus Lehmziegeln gebaut, Lama- und Schafherden, die das Familieneinkommen sichern, die Aymarakultur, die auf *pancha mama* (Mutter Erde) vertraut und die Klimaverschiebungen: Regen und Hochwasser in den Flüssen, Ernten die vernichtet werden, Felshänge, die in die Straßen gesprengt wurden und die jetzt abzurutschen drohen. Eben Klimaverschiebungen, deren Ursachen den meisten Kleinbauern unbekannt sind, deren Auswirkungen aber ihre Lebensgrundlagen existentiell bedrohen.

Ich bin drei Tage zu Gast beim *alcalde*, dem Bürgermeister von Ayo-Ayo, einer 600-Seelen-Gemeinde im Hochland Boliviens, und seiner sechs köpfigen Familie. Sie hatten noch nie Gäste über Nacht und schon gar keine aus einem fernen Kontinent zu Besuch. Deutschland, Europa, das sind für sie unbestimmbare Begriffe, obwohl die Weltkarte dekorativ die Wand im Lagerraum für die Kartoffeln und meiner Übernachtungsstätte ziert.

Wir finden schnell zueinander. Kinder, kochen, Familie, das sind eben Inhalte, die weltweit verbinden. Ich

schließe mich den Frauen an, gehe mit ihnen gemeinsam zum Flusslauf und wir schneiden mit einer Sichel Futter für die vier Kühe. Mit Ehefrau, Mutter und Schwägerin des Bürgermeisters und fünf kleinen Kindern sitzen wir im Treffpunkt der Familie auf dem Lehmbooden. Die Küche ist gerade mal sechs Quadratmeter groß. Weder Tisch noch Stühle sind vorhanden; sämtliche Küchenarbeiten werden auf dem Boden erledigt. Fließendes Wasser, elektrisches Licht, das ist Luxus und von einer Heizung, trotz 10 Grad minus, ist nur zu träumen.

Ich begleite den Bürgermeister in sein Amt. Er hat Bürgersprechstunde. Viele Gemeindemitglieder warten auf dem Flur. Männer in ihren traditionell gestrickten Wollmützen und obendrauf die amerikanische Baseball-Kappe. Frauen in traditionelle Aymarakultur gekleidet und auf dem Rücken das schlafende Baby, eingeschlagen in ein Wolltuch. Vom Wetter gegerbte Gesichter schauen mich neugierig an. Ob mein blondes Haar bereits bei der Geburt so herausgekommen sei, oder erst später so hell geworden ist, will

Das Volksbeteiligungsgesetz ist eine Grundlage, den Entschuldungsprozess basisdemokratisch zu begleiten



Siedlung im Hochland von Bolivien



Ernteeinsatz

Die Menschen in Bolivien wollen teilhaben an allen Bedingungen die ihr Leben beeinflussen und nicht länger Spielball in einer globalisierten Finanz- und Wirtschaftsstruktur sein

eine der Frauen wissen. Dann wird es fachlich. Die Gemeinderatsmitglieder erläutern mir das bolivianische Modell der kommunalen Selbstverwaltung:

Participacion Popular

Das Volksbeteiligungsgesetz, die Participacion Popular findet in Bolivien seit fünf Jahren mehr oder weniger praktische Anwendung und soll vier Ziele verfolgen: Es ist das Instrument zur Verteilung von Steuermitteln auf Gemeindeebene, stärkt die Bürgerrechte, die Zivilgesellschaft und die kulturelle und nationale Integration, spricht die rechtliche Anerkennung von indigenen (einheimischen) Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen. Stolz präsentieren sie mir die finanzielle Nachweisregelung des vergangenen Jahres. Die beantragten Projekte werden für alle sichtbar aufgelistet, mit Fotos, vor Projektbeginn und nach Abschluss dokumentiert. Befestigung von Flussläufen, Bau von Wasserablaufgräben – je nachdem was beantragt und genehmigt wird.

Sie bekommen die Gelder über einen festgelegten Verteilungsschlüssel in Aussicht gestellt und nach Genehmigung der Projektanträge zugewiesen. Den Munizipien stehen 20 % der nationalen Steuermittel nach Pro-Kopf der Bevölkerung eines Munizips zu. Gemeinden mit geringer Bevölke-

rungsdichte erhalten noch einen Sonderzuschuss. Die Gelder werden in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Kultur, Sport, Wasserwirtschaft und Straßenbau eingesetzt. Allerdings reicht das Geld hinten und vorne nicht aus. Der al calde erläutert mir, wie schwierig es ist, geeignete Lehrkräfte für das Hochland zu gewinnen. Als Anreiz stellen sie deshalb Lehrerwohnungen zur Verfügung, die aber schnell den geringen Etat auffressen.

All ihre Hoffnung richtet sich auf die Entschuldungskampagne. Sie haben davon gehört. Die bolivianische Bischofskonferenz hat entscheidend am Prozess mitgewirkt und eine Volkskonsultation durchgeführt. Die Menschen in Bolivien wollen teilhaben an allen Bedingungen, die ihr Leben beeinflussen und nicht länger Spielball in einer globalisierten Finanz- und Wirtschaftsstruktur sein, deren Gesetzmäßigkeiten sich ausschließlich nach Profit und nicht nach Ethik und Moral richten.

An einem langen Tisch sitzen wir miteinander. Der Lamabauer, der für seine Kinder Schulbildung möchte, sie aber als Arbeitskräfte nicht entbehren kann; die Bäuerin, die mir ihren Joghurt anbietet und darum bittet, dass doch auch deutsche Kinder Joghurt aus Bolivien als Schulspeise erhalten, der "Wirtschaftsfachmann", der in der Textilindustrie die Wirtschaftsbranche sieht, die Bolivien wieder Zugang zu den Weltmärkten eröffnet, der al calde, der in seinem Dorf eine riesige Satellitenantenne aufgestellt hat, damit für einige wenige den Fernseh- und Nachrichtenzugang ermöglicht hat und nun von einigen seiner Gemeindemitglieder erfährt, dass sie ihren Präsidenten Fujimori auf dem Bildschirm gesehen haben. Dass es der peruanische Fernsehsender war haben sie nicht erkannt.

Und dann kommt die Tragik. Sie erwarten durch den Entschuldungsprozess mehr Geld und fragen, wann es überwiesen wird. Sie glauben fest daran, dass ihre Gläubiger ihnen zusätzliche Finanzquellen eröffnet haben. Ihnen diese Illusion zu nehmen fällt mir schwer, da es sich lediglich darum handelt, dass Schulden des Landes nicht zurückgezahlt werden müssen.

Ergebnisse des Nationalen Dialogs

1997 fand der erste "Nationale Dialog" der Zivilgesellschaft statt und fand großen Anklang bei den Gebern. Mitte Dezember 1999 vereinbarten sie einen zweiten "Nationalen Dialog". Nichtregierungsorganisationen, die katholische Kirche, Gewerkschaften, Bauernvereinigungen a.a. wurden aufgerufen, die Vorbereitungen des Dialogs mit der Basis voranzutreiben. Die Hauptorganisationen, die katholische Kirche und die Netzwerke der Nichtregierungsorganisationen forderten in einem offenen Brief von der Regierung, wenn sie an dem Dialog teilnehmen sollten, dass sie die offiziellen Informationen vollständig und rechtzeitig erhalten, an der Ausrichtung sowie der Festlegung der Inhalte und Methodologie des Dialogs mitwirken, am Monitoring und der Evaluierung der im Dialog vereinbarten Politiken teilnehmen und gleichberechtigte Vorschläge einbringen können und diese das gleiche Gewicht wie die der offiziellen Vertreter haben. Die Forderungen wurden akzeptiert.

Damit ist eines der wichtigsten Ergebnisse in der Entschuldungskampagne erreicht worden: Dass die Zivilgesellschaft eine eigene unabhängige Größe ist, die neben dem Staat und dem Markt Akzeptanz gewinnen und bekommen muss. Heute kann es sich

kein Staat mehr leisten autoritär über die gesellschaftlichen Kräfte hinweg entscheiden zu können.

Ist das Glas halbleer oder halbvoll?

Während des insgesamt zehntägigen Bolivienaufenthaltes erkenne ich den "Mehrwert" der Entschuldungskampagne. Menschen reden über ihre Bedürfnisse miteinander, argumentieren für das eine wie für das andere Projekt, wissen wie viel Eigeninitiative von ihnen selbst verlangt wird und schließen sich als Zivilgesellschaft zusammen. Sie suchen nach internationalen Verbündeten und können hier auf oft jahrzehntelange Partnerschaftsstrukturen, z.B. mit der Diözese Trier, oder der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg zurückgreifen.

Die Globalisierung der Solidarität trägt und ermutigt, auch wenn internationale Konzerne eher der Bodenschätze wegen auf Bolivien schauen und sich mehr für die wirtschaftliche Entwicklung, als für die menschliche interessieren. Die Entschuldungskampagne ist kein All-Heil-Mittel, sondern ein Rahmen, in dem neue Möglichkeiten der Entwicklung, der Armutsreduzierung, der Bildung und Gesundheitsversorgung ermöglicht werden können. "Lassen sie uns bitte nicht allein", sagt eine Bolivianerin unter Tränen beim Abschlussplenum in Cochabamba. □

Heute kann es sich kein Staat mehr leisten autoritär über die gesellschaftlichen Kräfte hinweg entscheiden zu können



Kinder bei der Ernte. Eine Lehrkraft für das Dorf steht ganz oben auf der Wunschliste